



An den
Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Herrn Pit Clausen
im Hause

4. 2. 2016

**Antrag zu TOP 4.1. der heutigen Sitzung des Haupt- und Beteiligungsau-
schusses**

Sehr geehrter Herr Clausen,

zu TOP 4.1.: „Erarbeitung eines Sicherheitskonzepts für Bielefeld“ der heutigen Sitzung des Haupt- und Beteiligungsaußschusses machen wir folgenden Beschlussvor-
schlag:

**„Gemeinsam die Sicherheit für Bielefelderinnen und Bielefelder
verbessern“**

1. Der Haupt- und Beteiligungsaußschuss unterstützt auch weiterhin die vielfältigen Aktivitäten der Stadtverwaltung, der Polizei sowie zahlreicher weiterer Akteure im Sinne der Erhaltung und Verbesserung der Sicherheit in unserer Stadt. Diese Aktivitäten haben dazu geführt, dass Bielefeld seit Jahren eine der sichersten Großstädte NRW ist. Besonders das bewährte Modell der „Stadtwache“, der „Sozial- und Kriminalpräventive Rat“ mit seinen zahlreichen Präventionsprojekten, das umfassende Drogenhilfekonzept, die Förderung von Einrichtungen gegen sexualisierte Gewalt, die Runden Tische und Arbeitsgruppen zur Kriminalitätsprävention an verschiedenen Stellen der Stadt sowie zielgruppenspezifische Aktivitäten und Präventionsprogramme der Polizei (u.a. „Kurve kriegen“, „Gelbe Karte“, „Riegel vor“) leisten dazu wichtige Beiträge.
2. Die Ereignisse am Silvesterabend haben auch in Bielefeld zu erheblichen Verunsicherungen und Diskussionen insbesondere über die Sicherheit am „Boulevard“ geführt. Der Haupt- und Beteiligungsaußschuss begrüßt, dass sowohl Polizei als auch die Stadtverwaltung unmittelbar aktiv geworden sind und erste Maßnahmen zur Verbesserung der subjektiven und objektiven Sicherheit vor Ort initiiert haben. In weiteren Schritten ist, insbesondere durch städtebauliche Maßnahmen, die Entstehung von „Angsträumen“ zu vermei-

den, durch bessere Beleuchtung ist ein höheres Maß an sozialer Kontrolle zu ermöglichen. Der anlassbezogene Einsatz von zusätzlichen uniformierten Kräften der Polizei bzw. der Stadtwache ist zu prüfen.

3. Zum Umgang mit der Delikt- bzw. Opfergruppe Jugendliche bzw. Heranwachsende ist eine intensivere Zusammenarbeit zwischen dem städtischen Jugendamt, sowie Polizei und Justiz anzustreben. Hierbei sind Projekte zur Division und eine Stärkung der Ansätze zum Täter-Opfer-Ausgleich in den Fokus zu nehmen.
4. Der Haupt- und Beteiligungsausschuss wünscht eine bessere Transparenz über die Aktivitäten der Stadtverwaltung und der Polizei im Bereich Sicherheit und Ordnung. Hierzu soll es künftig eine regelmäßige und umfassende Berichterstattung im Ausschuss geben. Auf Delikte, die dem Bereich der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zugeordnet werden können und diesbezüglich mögliche strukturelle Entwicklungen sowie entsprechend eingeleiteten Gegenmaßnahmen, soll ein besonderer Schwerpunkt gelegt werden.

Begründung erfolgt mündlich!

Georg Fortmeier
SPD-Ratsfraktion

Jens Julkowski-Keppler
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Michael Gugat
Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN